

Mr Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
einmaliger Anfertigung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., auswärts Anfertigungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Postämtern angenommen.
Am antiken Zeitungs-Bergedorf
unter „Salle-“ Zeitung“ eingetragen
Für unentgeltlich eingehende Korrespondenz
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Luitpoldenange:
„Salle-“ Zeitung“ gefaltet.

Verantwortlicher Redakteur Dr. 2532;
Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle
(Markt 3) Nr. 226.

werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unentgeltlich Annoncenstellen
und allen Mannes-Experten einver-
nommen. Bekanntes unter Seite 75 Pfg.

Er scheint wöchentlich proffmal,
Sonntags und Monats einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Salle-Beitung

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 14.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 10. Januar

1906.

Deutsches Reich.

Gez- und Personalnachrichten.

Am 11. d. M. ist in Tokio bekannt gegeben, daß die kaiserliche
japanische Gesandtschaft in Berlin zum Tange einer Verleumdung
erhalten und daß der höhere Geandte Kuroki zum Vot-
schafter ernannt werden ist.

Der Geh. Oberjustizrat Landesverwaltungspräsident Emil
Ebmeyer ist in Erfurt im Alter von 84 Jahren gestorben.

Eine Friedensäußerung des Kaisers.

Der Kaiser hat, wie in Berliner Militärkreisen verlautet,
einem hohen Offizier gegenüber, der bei ihm in den letzten Tagen
in Audienz erschienen war, geäußert, er habe die letzte Lebens-
zeitung, daß in diesem Jahre keine Ereignisse eintreten würden,
durch welche der Friede gefährdet werden könnte. Seine ganze
Weltanschauung sei darauf gerichtet, daß Deutschland sich friedlich aus-
zuwickeln und mit allen Mächten in Freundschaft lebe. Dies hindere
jedoch nicht, daß die Armee und die Flotte auf der Höhe
ihrer Aufgabe stehen, um jederzeit die Interessen des
Reiches mit Erfolg verteidigen zu können.

Die Erkrankung des Staatssekretärs v. Nischthofen.

Die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ heute gemeldete Erkrankung
des Staatssekretärs des Auswärtigen, Herr v. Nischthofen, ist,
der „Zitt. Ztg.“ zufolge, ernster Natur. Der Staatssekretär
ist während eines Dinners in einer bedeutenden Familie plötzlich
schwer erkrankt, wie man annimmt, infolge antikenen Tätig-
keit der letzten Zeit. Eine Besserung ist bisher nicht ein-
getreten, und es ist jedenfalls ausgeschlossen, daß Herr v. Nisch-
thofen seine Tätigkeit in absehbarer Zeit wieder aufnehmen. Seine
Arbeitskraft wird gerade jetzt, wo die auswärtige Politik eine
bedeutende Rolle spielt und die Vertretung des Auswärtigen
Amtes auch im Reichstage ihm obliegen hätte, schwer vermisst
werden.

Ein gestern abend ausgegebener Verzeihter sagt: Staats- sekretär Freiherr v. Nischthofen hat Sonntag abend ein Schlaganfall gelitten. Die Bewußtlosigkeit wurde schon am Montag, nahm aber seit der letzten Nacht zu so daß die ernstesten Verurteilungen gehegt werden müssen.

Deutsch-englische Verständigungssaktion.

Der Vizekonsul in Berlin, bekanntlich der neueste und
bedeutendste Herrmann, veranlaßt am nächsten Sonntag
in Form eines Dinners eine Art von Antwortgebung auf
das offizielle German Dinner, das kürzlich in London statt-
gefunden und auf dem der Vizekonsul Graf v. Wretschke ge-
sprochen hat. Es werden nicht politische Reden gehalten werden,
wohl aber werden die wechselseitigen deutsch-englischen Ver-
hältnisse auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst und
Literatur von Männern wie Prof. Darnow, Prof. v. Brandl,
Prof. v. Hildebrandt, Dichtungsprof. v. Brandt u.
a. m. behandelt werden. Die englische Botschaft wird vollzählig
zu diesem Dinner erscheinen.

Die preussischen Staatsfinanzen.

Für das Etatsjahr 1906 sind die Einnahmen Preussens auf
2,910,344,396 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf
2,675,400,752 Mark, im Extraordinarium auf 236,945,644 Mark,
zusammen mithin überhaupt auf 2,910,344,396 Mark veranschlagt.
Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Jahr zeigen
die Einnahmen um des Etats für 1906 eine Erhöhung um
192,667,789 Mark. Höher angelegt sind: bei den staatlichen Ver-
triebsverwaltungen die Einnahmen um 169,893,511 Mark, die
Ausgaben im Ordinarium um 97,840,726 Mark, im Extraordinarium
um 31,025,570 Mark, bei den Dotationen und der allgemeinen
Finanzverwaltung die Einnahmen um 19,202,371 Mark, die Aus-
gaben im Ordinarium um 15,112,266 Mark, bei den eigentlichen
Staatsverwaltungen die Einnahmen um 9,466,907 Mark, die
Ausgaben im Ordinarium um 41,177,433 Mark, im Extra-
ordinarium um 6,906,794 Mark.

Die Dresdner Demonstrationen.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt:
„Wir finden es ja schließlich verhängnisvoll, daß die Sozialdemo-
krate von den Dresdner Demonstrationen Verurteilungen
abdrückt, ausfällt bleibt es aber trotzdem. Gebären
die über Dresdner Demonstrationen nicht dem Kund-
volkstatistat an — was von seiner Seite behauptet wird — so
sind es eben Elemente aus dem Arbeiterstande, für
welche die Demonstrationen bestimmt waren, auf die man bei
solchen Aktionen immer rechnen muß. Darum betonen wir ja
gerade die große Verantwortung für die Verurteilungen, denen
die Verurteilung und Leitung solcher Demonstrationen und
Aktionen obliegt.“

Eine Protokollversammlung aller Tabakinteressen mit heute in Berlin stattfinden. Eine Versammlung von Tabakinteressen aus Baden, Elb- u. Lothringen, Württemberg und der Pfalz hat sich am Sonntag in Mann- heim bezüglich der geplanten Erhebung der Tabaksteuer dahin ausgesprochen, daß jede Erhebung des Zolls eine schwere Schädigung der Tabakindustrie zur Folge haben werde.

Die Reichsnot.

Herr v. Meißner hat die Reichsnot als ein-
seitige Erhebung der Reichsnot bezeichnet, die wenigstens für eine
bestimmte Zeit in der Reichsnot der Reichsnot mit dem
Reichsnoterfolgserfolgreichende Verhandlungen ein.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Ein Telegramm aus Windhoek meldet: Lieutenant Kurt Wetzel,
geboren am 1. Januar 1881 zu Strahrun, früher im Leib-
Grenadier-Regiment Nr. 109, ist am 2. Januar bei Windhoek

von der Spitze abgenommen und später mit Brust- und Bauch-
kugeln tot aufgefunden worden.

Vollständiges.

Die Wahl des Schöpfers Meib und des Meibers Meibens
dahl an Eisenbahn in den dortigen Schulbuchdruck war von
der Regierung in Lüneburg nicht bestätigt worden. Als
Grund der Nichtbestätigung wurde angegeben, daß der Lebens-
wandel der beiden Gewählten „Arbeitsverändernd“ sei, da sie
öffentlich für die sozialdemokratische Partei agitieren,
Schmähartikel veröffentlichen, Reden gehalten hätten u. dgl.
m. Die beiden in der Wahlliste für die Schulbücher getreten.
Die von ihnen an den Schulbuchminister gerichtete Beschwerde
ist von letzterem abgelehnt worden, da die in dem
Regierungsbescheide gegebene Begründung als zureichend
anerkannt werden mußte. — Eine bestimmte Parteifangbe-
stimmung ist nicht — wenigstens nach der Verfassung nicht
— für die Belegung von Ehrenämtern.

Industrie und Handel.

Die Konstitutions-Ärztinnen zum deutsch-
garischen Handels-, Zoll- und Schiffsverkehr vom
1. August 1905 sind gestern in Berlin durch den Direktor im
Auswärtigen Amte, Ministerialrat Dr. v. Stoerner, und den
ersten Sekretär der Berliner Konsular- und Auswärtigen
diplomatischen Agentur, Dr. Schiffmann, beigegeben
worden.

Landwirtschaft.

Professor v. Mehring wird in Deutschen Landwirtschafts-
sachverständigen in Berlin über die Befämpfung der
Tuberkulose beim Rindvieh und hygienische Milchherzeugung
sprechen.

Arbeiterbewegung.

Die geplanten Arbeiter in Hommers großer Schuhfabrik in
Dresden treten in Streik ein.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Salle-Zeitung“.)

15. Sitzung vom 9. Januar, 1 u. 11 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.
Der Bundespräsident Herr v. Stengel u. a.
Präsident Graf Ballestin. Die erste Sitzung von 1906 ist
eröffnet. Ich benutze diese Gelegenheit, um den Herren
Kollegen vor allem ein glückliches neues Jahr zu wünschen.
(Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Reichs-
finanzreform und der Steuererträge.

Der Reichsminister Herr v. Stengel. Schon beim ersten Teil der
Generaldiskussion habe ich einen allgemeinen Überblick über die
neuen Steuerentwürfe gegeben. Ich werde mich deshalb jetzt
darüber beschränken, auf Einzelheiten und dem Hause zu an-
worten. Denn es handelt sich jetzt hauptsächlich darum, daß die
neuen Vorlagen so schnell wie möglich in die Kommission
kommen. Ich bitte die Herren, sich nicht gleich von
Vorurteilen leiten zu lassen, die sie über die andere Steuer zu
äußern, dazu wird später noch immer Zeit sein. (Beifall.)
Ich bitte Sie ferner, die neuen Vorlagen wohlwollend zu prüfen.
Es ist uns auch schwer geworden, die neuen Steuern zu fordern,
aber es ging nicht anders, und ich hoffe, daß es gelingen wird,
die Steuern möglichst wenig drückend zu gestalten. Ich hoffe,
daß wir dann in einer Verhandlung kommen werden,
die uns in gemeinsamer Arbeit ein Werk liefert, das dem
deutschen Reich auch für die Zukunft zum Segen gereichen
wird. In der letzten Zeit sind mir eine ganze Anzahl von
Zuschriften zugegangen, in denen mir Vorwürfe für neue
Steuern und zur Vereinfachung unserer Finanzverwaltung gemacht
werden. Ich habe diesen freundlichen Hinweisungen nicht allein
antworten können, sondern auch nicht, ihnen von hier aus
meinen besten Dank auszusprechen. (Beifall.)

Herr v. Stengel (fr.): Wir werden vor allen Dingen prüfen
müssen, ob wirklich der vorgelegene Weg der beste ist, und ob
nicht noch ein anderer, besserer sich uns bietet. Die
Veränderungen der letzten Zeit zwingen uns, vorstehend
zu sein. Wenn wir einmal eine Steuer herabsetzen
wollen, geht sie für alle Steuern weiter und gehen wir die
Vorlagen, so wie sie geordnet werden, bewilligen würden, so müßte
das heißen, Steuern auf Vorrat zu bewilligen, und dazu werden
wir uns nicht hergeben. Dagegen sind wir bereit, die Vor-
lagen wohlwollend zu prüfen. Entprechend dem § 6 des
Finanzgesetzes werden meine Freunde auch keine Steuern
bewilligen, die die breiten Schichten belasten. Wo bleibt nun die
Möglichkeit auf die breiten Schichten, wenn man den Zehntel so
hoch besteuert, wenn man eine Dutzendsteuer einführen will,
die den Armen, ebenso wie den Reichen trifft? Ungeachtet ist
auch die Einkommensteuer in der vorgeschriebenen Form, man
müßte hier die höheren Klassen mehr besteuern, und nicht
nur nach der Entfernung gehen, denn vor 300 Kilometer
in der breiten Klasse auszuheben, hat, wolle man der
Möglichkeit sein, einen höheren Zehntel zu geben und haben
die Brauereier gefüllt, aus was nicht lo, ist die vorgeschriebene
Wird. Mit dem Prinzip der Staffelung sind wir einverstanden,
doch müssen die kleineren Brauereien noch mehr geschont und
die größeren härter herangezogen werden. Wir werden also
in der Kommission noch eine Entlastungsfrage mit der Ver-
sicherung vornehmen und die Ergebnisse ausbreiten lassen.
Die Einzelheiten kann ich nicht weiter angeben, da
bringen, es ist doch viel geräucher, wenn man bei
großen Vermögens, auch die Deputierten heranzieht, als
wenn man die Gesamtheit des kleinen Mannes verteuert.
In unseren Kolonien hat man ja schon eine Verteuerung der
Deputierten. Ich gebe zu, daß eine Verteuerung der Deputierten
auch große Nachteile gegenüberstellen, aber wenn es sich darum
handelt, einen Zehntel zu fassen, dann werden wir wohl doch auf
diesem Mittel greifen müssen. Wir lesen nach wie vor großes
Gewicht darauf, daß die Einzelstaaten an einer gemeinsamen
Wirtschaft im Reich interessiert sind. Und deshalb wird wir gegen
die Abschaffung der Maßnahmsverträge. Es ist nicht richtig, daß
das Reich jetzt als armer Kleinfürst bei den Einzelstaaten
herumkommt, daß das Reich fordert nur das Ausland, was
es in seinen Zehnten auch einstellt, und daß die Einzel-
staaten nicht weniger als 486 Millionen haben die
Einzelstaaten von 1883 bis 1892 vom Reich erhalten.

Die Steuerentwürfe, die wir jetzt bekommen haben, sind im
Bundesrat nur mit sich und Freun zu bekommen. Und
dieses Konglomerat heterogener Dinge wird dem Reichstage
vorgelegt mit dem Auftrage: „Ist's Bogel, oder nicht!“ Das ist doch
merklich. Sonst mit der Aufklärung ist uns gebührt worden.
Nun, ich glaube nicht, daß unter dem allgemeinen Vorbehalt ein
Parlament eine Regierungsbekanntmachung ergibt, wenn es mit
der Parole „Ist's Bogel, oder nicht!“ begnügt ist, und daß
solcher Vorbehalt nicht nur die Herren auf der äußersten
Linie beunruhigt. Die Aufnahme der Vorlage außerhalb
dieses Hauses ist keine günstige. Der Reichstag ist beauftragt
sich über die Mängel, die allenfalls gegen die Vorlage gefürcht
werden. Er hätte sie ja vermeiden können, wenn er darauf
verzichtet hätte, die Vorlagen einzubringen. Was es notwendig,
was mit diesem Antrag zu kommen, das ist ein großer
Verständnisfrage. Ich vermute, die weltanschauliche Politik
in diesem Sammelratum von Projekten. Und warum wird
gerade über den mangelnden Disziplin bei den weniger be-
stimmten Kreisen gefragt? Warum nicht in den Kreisen, die in
einer Linie den Vorteil haben von den getragenen Vorlagen
für Arme und Marine, die aber handhabt sein müssen, als
zu einer Verhandlung mit dem Hause zu fragen? Und wie
kommt gerade der preussische Finanzminister dazu, über den
mangelnden Disziplin des Hauses zu fragen? Er hätte
in einem anderen Hause über mangelnden Disziplin fragen
sollen, als eine Resolution beraten würde, die sich gegen eine
Reichsfinanzreform ausspricht. Der Reichstag meint:
Wir wollen uns doch von der Vorstellung frei machen, als ob
wir eine Steuer der Regierung zu bewilligen. Diese
Vorstellung hat wohl niemand unter uns. Denn der Regierung
etwas zu bewilligen, hätten wir wohllich keine Lust, derselben
Regierung, die wichtige Reichsfinanzentscheidungen unbedacht läßt.
Ich beantrage die Überweisung der Vorlagen an eine be-
sondere Kommission von 25 Mitgliedern. Die sind
zu einer Verhandlung bereit, aber das Haus ist gegen diese
Verständigung wurde erhöht oder unmöglich gemacht werden,
wenn die Regierung dem Reichstag nicht erheblich weiter
entgegenkommt, als es bisher in den Worten und in mündlichen
Erklärungen geschehen ist. (Zustimmung im Zentrum.)

Es sprechen noch Abg. Singer (Soz.) und Abg. Wäffling (Nid.),
der zum Schluss erklärt: Wenn preussische Freunde meinen sich
bei der Stellung in der Kommission zu beteiligen, so ist dies
bereits mit ganzem Ernst und dem vollen Gefühl der Verant-
wortlichkeit in der Kommission mitzuarbeiten, damit das unbedingt
notige Werk der Gesundung der Reichsfinanzen zustande kommt.
(Beifall bei Beifall.)

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf
Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Salle-Zeitung“.)

7. Sitzung vom 9. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministerisch: Herr v. Meibner, Dr. v. Felle, u. a.
Auf der Tagesordnung steht die Einbringung des Etats durch
den Finanzminister.

Der Reichsminister Herr v. Meibner. Auf Grund Reichslicher Ermäch-
tigung lege ich dem Hause heute den Etat nach dem
Gesetz vor. Meiner Wirt jedoch einen Überblick über den Etat-
jahr 1906. Dasselbe hat einen Ueberschuss ergeben von
30,233,455 M. 48 Pf. (Beifall.) Ich habe den Ueberschuss
schon früher aufreißend auf 30 Millionen geschätzt. Der Ueberschuss
beträgt auf 45,3 Millionen betragen und würde ohne den
Erlös im Haushaltsüberschuss nach 12 Millionen mehr betragen
haben. Die Reichsfinanzverwaltung haben insgesamt einen Ueberschuss
von rund 78 Millionen ergeben. Bei den Staats-
verwaltungen sind rund 10 Millionen Mark Ueberschuss
gemacht worden, teils wegen höherer Wirtschaftsanforderungen,
auch wegen der Zusammenziehung von Gebäuften im
Rindvieh während des Ueberschusses. Meiner geht auch noch auf
die anderen Angelegenheiten näher ein, die ich nicht mehr
aufzählen kann, die ich nicht mehr aufzählen kann.
Der Etat 1906 war ein wirtschaftlich glückliches und hat auch
eine gute Ernte gebracht. Der Etat plekt die glückliche Lage
wider. Die Betriebsverwaltungen werden für 1906 voraussicht-
lich 45,5 Mill. Mark Ueberschuss ergeben. Die Einnahmen
werden mit 14 1/2 Mill. Mark voraussichtlich mehr ergeben, die
Ausgaben mit 7,5 Millionen mehr. Die Reichs-
einnahmen betragen bei den Eisenbahnen 60,7 Millionen, die
Ueberschüsse aber 47,8 Millionen. Die Ausgaben steigen
überhaupt bei den Eisenbahnen bedeutend mehr, als die Ein-
nahmen annehmen. Das Extraordinarium muß auch in größeren
Zahlen möglich ist angeschaut werden. Meiner weißt bei
der Gelegenheit auf die große Gefahr hin, die die hohen
Matrikularbeiträge für die Einzelstaaten, namentlich die kleineren
bringen und bitter hier das Zentrum, bei einer Überberung dieses
Zustandes mitzubringen. Die gesamten Matrikularbeiträge für 1906
werden voraussichtlich 44,9 Millionen, die Matrikulanten
48,9 Millionen betragen, so daß ein Ueberschuss von 4 Millionen
Mark für 1906 zu erwarten ist. Das ist aber sehr vorzüglich
für den Staat, denn der Etat 1906 ist ein glücklicher, der
die Thronrede hervorbrachte, der politische Himmel nicht ohne
Wolken. Die Ernte vertritt bis jetzt auch keine besonders
gute zu werden und an der Höhe wird bald ein Niedrigstand
erfolgen, da die industriellen Werte viel zu hoch liegen. Die
Ausgaben der Allgemeinen Staatsverwaltung sind für 1906 wieder
um 35 Mill. gestiegen. Es ist uns sehr schwer geworden, den Etat
für 1906 zu belohnen, und die Einzelstaaten der Gesamteinnahme
ist unangenehm notwendig. Der Etat für 1906 belohnt mit
2,910,344,396 M. in Einnahmen und Ausgaben. Zum ersten
Mal seit 1892 ergibt sich wieder einmal ein Plus aus der
Bekämpfung der Romanen. Ueber diese Fortschritt zum
Besseren freue ich mich nicht als Finanzminister, sondern als
Reichsminister, denn es geht, daß unter dem Schatz der Bundes-
beiträge wieder ein Betrag, der die Bundesbeiträge zum Zentrum
einreicht ist. Auf der Landtagsliste befindet sich ein
Schloß. (Beifall bei Beifall.) Meiner geht ferner auf die einzelnen
Positionen des neuen Etats ein. Zum 1. März sind wegen des
Zustufens des neuen Zolltarifs die Steuererhebungen ange-
sehen worden, das Reichsal an den Hauptingestellen
zusammenzusetzen und dann zu sehen, wie die Sache
mit dem Ueberschuss wird. Bei den Eisenbahnen haben
wir noch vorjähriger Erhöhung eine Reichsfinanzreform
von 4 Prozent angenommen. In diesem Jahre hat sie gegen

